



Berliner Polizeistudie: keine Fortsetzung geplant

Rückhalt statt Misstrauen!

Berlins Bürger- und Polizeibeauftragter Dr. Alexander Oerke sagte im April bei der Vorstellung seines Jahresberichtes im Berliner Abgeordnetenhaus, dass die Polizei bei rund einer Million Einsätze 2023 ganz überwiegend eine gute und wichtige Arbeit geleistet habe. Wir als DPoIG Berlin finden, dass die überwältigende Mehrheit der etwas mehr als 27 000 Beschäftigten der Polizei Berlin täglich einen hervorragenden Job leistet. Insbesondere die 18 500 Dienstkräfte des Polizeivollzuges sowie die 2 500 vollzugsnah eingesetzten Beschäftigten handeln trotz einer sich zuspitzenden Sicherheitslage stets hochprofessionell und verantwortungsbewusst.

Forsa-Umfrage

Dass dies keine Schönfärberei ist, beweist auch die im Dezember 2023 durchgeführte Umfrage des Meinungsinstituts Forsa, wonach Ärzte und Polizisten sich Platz 1 im Ranking teilen. 81 Prozent der Befragten sprechen beiden Erstplatzierten ihr Vertrauen aus. Ein wahrlich beachtliches Ergebnis.

Festzustellen ist: Die Polizei Berlin arbeitet gesetzeskonform. Es gibt objektiv keine Hinweise auf strukturellen Rassismus. Dies gilt auch für etwaiges diskriminierendes Verhalten. Im Gegenteil: Seit Jahren liegt behördenintern der Fokus auf den Themen Diversity und Wording.

Folglich bedarf es keiner Weiterführung der Berliner Polizeistudie. Der Kosten-Nutzen-Effekt wäre allenfalls marginal. „Was die Polizei in Zeiten einer sich extrem verschärfenden Sicherheitslage statt Misstrauen vielmehr braucht, ist gesellschaftlicher und politischer Rückhalt“, sagt der DPoIG-Landesvorsitzende Bodo Pfalzgraf.

Das sieht auch die Berliner Regierungskoalition aus CDU und SPD so. Der Innenpolitische Sprecher der CDU, Burkard Dregger, hat – nach Rücksprache mit Innenstaatssekretär Christian Hochgrebe (SPD) gegenüber der DPoIG Berlin festgestellt, dass keine Fortsetzung der Polizeistudie geplant sei. Das ist ein Erfolg!

Der Autor Andreas Veith ist Vorsitzender des DPoIG-KV LKA. Sein Porträt findet ihr im *Polizeispiegel Juni 2024*, Seite 5.



© DPoIG Berlin

Springt und steigt: die Zahl der Messerangriffe, Teil 2 10 Fälle pro Tag



© Privat

Die Polizeiliche Kriminalstatistik zeigt seit Jahren nur den Pfeil nach oben, was die Fälle mit dem Tatmittel Messer betrifft. Der DPoIG-Waffenexperte Dirk Schöppl ordnet die Zahlen ein (siehe *Polizeispiegel 6/24*) und nennt Lösungsansätze für das Land Berlin und den Bund.

Das Land Berlin sollte unbedingt und dringend den vorhandenen rechtlichen Rahmen ausnutzen, um das Problem einzudämmen. Dabei sollten die entsprechenden Erfahrungswerte im Zusammenhang mit dem Thema kriminalitätsbelastete Orte (kbO) genutzt werden, wie auch die positiven Erfahrungen aus anderen Städten, die Waffen- und Messerverbotzonen eingerichtet haben. Zudem könnte ein Waffen- und Messerverbot für alle öffentlichen Gebäude in Berlin eingerichtet werden.

„Im Jahr 2023 wurden an Berliner Gerichten durch die eingerichteten Kontrollschleusen 5 811 Messer beschlagnahmt.“

Viele andere öffentlichen Gebäude sind in Berlin nicht durch Kontrollschleusen gesichert.

Umfang und Komplexität im Waffengesetz zum Thema Messer binden Kapazitäten bei Polizei und Justiz, und das ohne einen erkennbaren Rückgang der Fälle. Die überfällige und dringend notwendige Evaluierung des Waffengesetzes durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat würde mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit Polizei und Justiz entlasten – ohne negative Auswirkungen auf die innere Sicherheit. Zudem gilt es dringend, sich dem Thema gesellschaftlich zu stellen.

Letztlich spielt es für das Opfer keine Rolle, wie die statistischen Daten zu bewerten sind und was im Waffengesetz steht. Es spielt auch keine Rolle, ob das Messer als Tatmittel legal besessen beziehungsweise geführt wurde oder nicht.

Die Tatwaffe Messer ist leicht zu beschaffen, entsprechend weitverbreitet, und für die Anwendung ist keine Ausbildung erforderlich. Eine Konfrontation mit dem Messer ist oft sehr blutig, verursacht schwere Verletzungen und kann schnell tödlich enden.



Alexander Strauch und Altan Çağdaş vom KV Dir E/V unterstützen Kollegen der Polizei Wien.



© DPoIG Berlin (2)

Geschafft, aber glücklich: Alexander Wurl vom KV Dir E/V bei der EKB am 21. Juni 2024